

# WAHLKREISPOST

## SABINE BÄTZING

### LICHTENTHÄLER

Hallo Wahlkreis!

In letzter Zeit frage ich mich manchmal, wieso wir uns eigentlich in den vergangenen Jahren so oft über das „Sommerloch“ beschwert haben. In der Rückschau muss ich feststellen: Zeitungsenten wie das entflohene „Krokodil im Baggersee“ oder der „Killerwal im Rhein“ wären mir heute deutlich lieber, als die besorgniserregenden Nachrichten aus Deutschland, Europa und der gesamten Welt, die diesen Sommer so bei uns eintreffen.

Dazu zählen nicht nur die Anschläge der Amokläufer von Nizza und Würzburg, die meiner Meinung nach vor allem darauf abgezielt haben, unser persönliches und ganz alltägliches Sicherheitsempfinden erheblich zu stören. Dazu zähle ich auch die aktuellen Entwicklungen in der Türkei, die im Nachgang des Putschversuchs durch Teile des türkischen Militärs keine gute Wendung genommen haben. Es ist vollkommen klar: Ein Militärputsch kann in einem Land, das den Anspruch hat, eine Demokratie zu sein, kein legitimes Instrument sein, sich einer Regierung zu entledigen, deren Handeln man für falsch hält. Und Militärputsche haben, daran sei ebenfalls kurz einmal erinnert, in der bisherigen Geschichte eher zur weiteren Verschärfung von autokratischen Tendenzen einen Beitrag geleistet, als zu deren Auflösung.

Vollkommen klar ist aber auch: Massenverhaftungen, die Gleichschaltung der Judikative und des Bildungssektors durch Massenentlassungen, ein universelles Ausreiseverbot für türkische Akademiker, Debatten über die Wiedereinführung der Todesstrafe und andere „Antworten“ der Regierung Yildirim auf den Putschversuch sind keine demokratischen, sondern mit Willkür gleichzusetzen. Auch von der Wahrung rechtsstaatlicher Grundsätze kann hier nicht mehr die Rede sein. Und es drängt sich immer mehr der Eindruck auf, dass Präsident Erdogan nun die Gunst der Stunde nutzt, das politische System der Türkei endgültig in einen vollkommen auf sich zugeschnittenen Ein-Mann-Staat umzuwandeln. Damit spaltet er nicht nur die Türkei, sondern auch die bei uns lebenden Türken und Deutsche mit türkischem Migrationshintergrund. Und das gefährdet auch den Frieden in unserer pluralistischen Gesellschaft hier in Deutschland, in der wir gerne auf dem Boden unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung mit den Menschen zusammenleben, die zu uns kommen und einen Beitrag zum Gelingen dieses Landes leisten wollen.

Im Übrigen jährte sich in der letzten Woche ein ebenfalls gescheiterter Putschversuch zum 72. Mal: das Attentat auf Adolf Hitler vom 20. Juli 1944. Ich schließe deshalb mit dem Gedenken an die Opfer im Widerstand gegen den Nationalsozialismus, die uns zeigen, dass es immer auch Alternativen zum „Mitmachen“ oder „Geschehen-lassen“ gibt.

Viele Grüße  
Eure Sabine



# 20.07.1944: PUTSCH GEGEN HITLER MIT SOZIALDEMOKRATISCHER BETEILIGUNG

*Für die Demokratie gab Julius Leber sein Leben*

*Seinen Einsatz für die Demokratie zahlte Julius Leber mit seinem Leben. Am 20. Oktober 1944 verurteilte der „Volksgerichtshof“ den Sozialdemokraten zum Tode.*

Dieses Bild hat sich in das kollektive Gedächtnis des Widerstands gegen den Nazi-Terror eingebrannt: Da steht ein Mann, ernsthaft und aufrecht, seine Hände suchen Halt an den Reversspitzen seines Sakkos. Er weiß, dass der Mann, vor dessen Stuhl er am 20. Oktober 1944 steht, ihn gleich zum Tode verurteilen wird, aber er bleibt gefasst, denn eines möchte er dem Rechtsverbrecher Freisler nicht gönnen: das gnadenlose Niederbrüllen, das den meisten seiner Mitangeklagten widerfahren ist.



Julius Leber vor dem „Volksgerichtshof“ (Quelle: AdsD/ Friedrich-Ebert-Stiftung)

Kurz vor seiner Ermordung schreibt Julius Leber an seine Freunde: "Für eine so gute und gerechte Sache ist der Einsatz des eigenen Lebens der angemessene Preis. Wir haben getan, was in unserer Macht gestanden hat. Es ist nicht unser Verschulden, dass alles so und nicht anders ausgegangen ist."

Der Mann, dessen ganzes Leben Tat war, wie es sein Freund Gustav Dahrendorf beschrieben hat, wird am 16. November 1891 im elsässischen Städtchen Biesheim in eine ländlich-proletarische Familie geboren. Dem Pfarrer verdankt er den Besuch der Mittelschule, seiner eigenen Arbeit als Lokalreporter und Nachhilfelehrer den Besuch der Oberrealschule.

Kurz nach dem Abitur tritt der Student der Nationalökonomie und Geschichte 1913 der SPD bei. Julius Leber befürwortet die Bewilligung der Kriegskredite durch die SPD und meldet sich folgerichtig 1914 zum Kriegsdienst. 1921 beginnt seine kurze, intensive Parteikarriere als Chefredakteur des "Lübecker Volksboten". Drei Jahre später zieht er für die SPD in den Reichstag ein und widmet sich dort der Wehrpolitik im Bestreben, die Differenzen zwischen Arbeiterschaft und Reichswehr zu überwinden. Dennoch stellt er sich 1928 gegen die Parteimehrheit und die Losung "Kinderspeisung statt Panzerkreuzerbau".

### **MEIN TIPP ZUM KLICKEN: SPRICH AUCH DU MALU DAS VERTRAUEN AUS!**

Der SWR nennt Julia Klöckners Misstrauensvotum gegen Malu Dreyer eine „reine CDU-Showveranstaltung“ zur Verarbeitung der offenbar noch nicht verdauten Wahlniederlage vom 13. März diesen Jahres.

Nicht nur der Landtag vertraut unserer Ministerpräsidentin, auch die Menschen in Rheinland-Pfalz tun es.

Hat Malu auch dein Vertrauen? Dann kannst du ihr unter dem folgendem Link genau das mitteilen: [Ich vertraue Malu Dreyer!](#)

## **MEHR ZEIT FÜR FAMILIE UND BERUF**

*Familienministerin Manuela Schwesig stellt Pläne für Familienarbeitszeit und Familiengeld vor*

Die Lebensrealitäten von jungen Familien haben sich geändert. Die alte Rollenverteilung, bei der der Ehemann die Familie ernährt und die Ehefrau sich um die Kinder kümmert und höchstens etwas dazuverdient, ist nicht mehr das Maß der Dinge. Mütter und Väter wollen heute beides: Zeit für den Beruf und Zeit für die Familie.



Die Familienarbeitszeit fördert die partnerschaftliche Aufteilung von beruflichen und familiären Pflichten. Das ist es, was junge Familien wollen – und dabei muss die Politik sie unterstützen.



Das Konzept von Bundesministerin Manuela Schwesig sieht vor, dass Eltern jüngerer Kinder, die beide zwischen 32 bis 36 Wochenstunden arbeiten, ein Familiengeld erhalten sollen. Dies ermutigt Väter, sich mehr Zeit für ihre Kinder zu nehmen. Gleichzeitig können Mütter durch die Familienarbeitszeit ihre Chancen im Berufsleben ergreifen und ihre eigenen Existenzen sichern.

### Konkret heißt das:

- Eltern jüngerer Kinder, die beide zwischen 28 und 36 Wochenstunden arbeiten, sollen ein Familiengeld in Höhe von 300 Euro im Monat erhalten. Je 150 Euro für die Mutter und für den Vater.
- Das Familiengeld sollen Väter und Mütter bis zu 24 Monate lang bekommen – für alle Kinder, die jünger als acht Jahre sind.
- Natürlich sollen auch Allein- oder getrennt Erziehende das Familiengeld erhalten.



# LEICHTERER ZUGANG ZUM ARBEITSMARKT

## *Rheinland-Pfalz will Flüchtlinge besser integrieren*

*„Ziel der rheinland-pfälzischen Landesregierung ist es, dass Menschen, die hier leben – und dazu zählen auch Flüchtlinge – ihren Lebensunterhalt selbst verdienen“, erklärten Arbeitsministerin Sabine Bätzing-Lichtenthäler und Integrationsministerin Anne Spiegel. Dies sei auch der Wunsch vieler Flüchtlinge.*

Vor der Arbeitsaufnahme von Flüchtlingen gebe es derzeit aber noch viele Hürden zu bewältigen. Dazu zählten Sprache und Qualifikation, aber auch noch bürokratische Hemmnisse, wie die sogenannte „Vorrangprüfung“. Bei der Vorrangprüfung untersucht die Bundesagentur für Arbeit zunächst, ob für eine Stelle vorrangig ein geeigneter deutscher oder EU-Bewerber zur Verfügung steht. Zwar gibt es von der Vorrangprüfung bereits heute Ausnahmen, so entfällt zum Beispiel diese Prüfung bereits in Berufen, in denen es Engpässe gibt. Auch bei bestimmten Ausbildungsberufen existiert die Prüfung nicht mehr.

„Dennoch besteht hier ein erheblicher Verwaltungsaufwand, den es zu beseitigen gibt, so Bätzing-Lichtenthäler. Gerade vor dem Hintergrund der aktuellen Arbeitsmarktsituation in Rheinland-Pfalz könne man heute schon oft sagen, dass keine bevorrechtigten Bewerber für eine Arbeitsstelle zur Verfügung stehen, ohne dass dafür ein aufwendiges und teilweise auch langwieriges Verfahren eingeleitet werden müsse.

Spiegel erläuterte, vor diesem Hintergrund hätten die Koalitionspartner in Rheinland-Pfalz den Verzicht auf die Vorrangprüfung vereinbart und in den Koalitionsvertrag geschrieben, damit Flüchtlinge schneller und unbürokratischer in den Arbeitsmarkt integriert werden könnten.

Aktuell plane die Bundesregierung in einer Verordnung zum Integrationsgesetz einen auf drei Jahre befristeten Verzicht auf die Vorrangprüfung, und damit die Zulassung für eine Tätigkeit der Leiharbeit, bei Asylbewerbern und Geduldeten in Agenturbezirken der Bundesagentur für Arbeit, deren Arbeitslosenquote unter dem Landesdurchschnitt des Jahres 2015 liege. Für Rheinland-Pfalz wären dies die Agenturbezirke Koblenz-Mayen, Montabaur, Landau und Trier.

Rheinland-Pfalz hat gegenüber dem Bundesministerium für Arbeit und Soziales dafür plädiert, im gesamten Land die Vorrangprüfung und damit unnötige Hürden für Flüchtlinge und Arbeitgeber abzuschaffen. Vor dem Hintergrund der sehr guten Arbeitsmarktlage und der drittbesten Arbeitslosenquote im Ländervergleich sei dies mehr als gerechtfertigt, so die beiden Ministerinnen.